

Interview im Wochenmagazin CAMBIO

Frage:

Was hatte es auf sich mit dem Treffen der vier Mandatsträger mit den regionalen Guerillaführern?

Antwort:

Zuerst: In den letzten Monaten wurde vielen Bürgermeistern der Region von der Guerilla signalisiert, sie hätten das Vordringen der Ordnungskräfte in ihre Gemeinden gefördert, in denen über Jahre keine öffentliche Präsenz vorhanden war. Zweitens: Man beschuldigte sie, Informanten der Paramilitärs zu sein.

Diese Unterstellungen haben auch in der Departementsregierung Besorgnis ausgelöst. Daher trafen die Bürgermeister die persönliche Entscheidung, sich mit der Guerilla zu treffen, um ihr Leben und das ihrer Familien zu retten. Was also geschah war, dass sich die vier Bürgermeister in eigener Entscheidung mit der Guerilla trafen, um sich von diesen Anschuldigungen zu befreien.

F.:

Ist es normal, dass der Friedensbeauftragte der Regierung des Cauca die Bürgermeister zu diesem Treffen begleitete?

A.:

Die Bürgermeister suchten jemanden, der sie begleitete. Und in solchen Fällen bedienen sie sich oft des Friedensbeauftragten Humberto Urrego.

F.:

Präsident Uribe sagt, dass Treffen mit Gruppen, die außerhalb des Gesetzes stehen, juristisch verfolgt werden können. Was meinen Sie?

A.:

Ich glaube, die Situation erfordert derartige Treffen und es ist Aufgabe der Kontrollorgane, die Umstände zu untersuchen. Der Präsident hat Recht, wenn er sagt, nur ihm käme die Zuständigkeit für die öffentliche Sicherheit zu und dass er der einzige sei, der mit der Guerilla sprechen könne. Aber diese vier Bürgermeister fuhren nicht zu dem Treffen, um sich politisch auszutauschen oder zu verhandeln, sondern um Anschuldigungen gegen sie zurückzuweisen. Das ist etwas anderes.

F.:

Wie dem auch sei, unterstützen Sie dieses Vorgehen?

A.:

Man muss das Gesamtproblem sehen. Obwohl meine Regierung diese Art von Treffen nicht fördert, gibt es doch spezielle Normen, die in einem bestimmten Moment Leben retten können. Für mich ist das eine humanitäre Frage. Dennoch: Treffen mit der Guerilla sind persönliche Entscheidungen.

F.:

Was sagte Ihnen der Präsident?

A.:

Ich erhielt lediglich Anrufe des Innenministers und ich legte ihm dar, was in unserem Departement in dem bewaffneten Konflikt passiert. Die Haltung des Präsidenten kenne ich aus den Medien. Mit dem Minister verblieben wir so, dass wir Lösungen finden müssen, durch die künftig weitere Treffen zwischen öffentlichen Mandatsträgern und der Guerilla unterbleiben und durch die das Departement aus dem Problem des bewaffneten Konflikts herauskommt.

F.:

Hat die Gewalt Bürgermeister dazu veranlasst zurückzutreten?

A.:

Am Mittwoch erschienen die Bürgermeister von Sucre, San Sebastián, La Vega, Almaguer und

Santa Rosa und baten mich, ihren Rücktritt zu akzeptieren. Aber mein Rat ist zu widerstehen, weil wir eine Verantwortung für das Departement haben.

F.:

Und wie viele werden bedroht?

A.:

Von 41 Bürgermeistern im Cauca werden 30 bedroht. Davon 75% durch die Guerilla, der Rest durch die Paramilitärs.

F.:

Wie funktionieren diese Gruppen in ihrem Departement?

A.:

Zum einen beanspruchen sie einen großen Teil des Territoriums, wo sie ihre Macht ausüben. Zum anderen wollen sie die 7000 Hektar Coca- und Mohnfelder kontrollieren, die es hier gibt.

F.:

Was ist die Lösung des Sicherheitsproblems, das das Cauca durchlebt?

A.:

Kolumbien braucht eine Sicherheitspolitik, wie sie der Präsident eingeleitet hat. Aber darüber hinaus braucht man größere Investitionen im sozialen Bereich, in der Produktion und in die Transportwege. Das Cauca hat Ortschaften, die man erst nach 8-10 Stunden Fahrt erreicht. Dort herrscht Armut und diese Orte sind bevorzugte Ansatzpunkte der illegalen Gruppen. Mit Investition und militärischer Stärke können wir vorankommen.